

Flüchtlinge in Deutschland: Die Herausforderung annehmen

Deutschland nimmt jetzt und in den nächsten Monaten etwa 1 Million Flüchtlinge auf. Viele sind schon gekommen und viele sind noch auf dem Weg. Wenn man diese Zahl mit denen in den Aufnahmeländern rund um die Krisen- und Kriegsgebiete vergleicht, ist sie nicht sehr groß. Wenn man sie auf die Einwohnerzahl Deutschlands umrechnet, wird demnächst jeder 80ste Einwohner in Deutschland ein geflüchteter Mensch sein. Das macht deutlich, dass wir tatsächlich vor einer ganz großen Aufgabe für unsere Gesellschaft, unsere Politik und unsere Sozialsysteme stehen.

Viele Menschen schauen auf die Umfragestatistiken und sagen: „Die Stimmung kippt“. Das gibt Angstmachern und Hetzern neuen Auftrieb, die genau daran arbeiten, die bisher aufgeschlossene und hilfsbereite Stimmung kippen zu lassen. Wir alle sind mit unseren Worten und unserem Engagement mit dafür verantwortlich, ob und wie die Herausforderungen angenommen werden, damit das nicht geschieht.

Warum helfen so viele Menschen?

Viele helfen direkt aus praktizierter Nächstenliebe heraus. Alle Helfer*innen wissen, dass in unserer globalisierten Welt alles miteinander zusammenhängt und dass gerade die Politik unserer reichen Industrienationen zu den Krisenherden auf der Welt beiträgt. Es geht auf Dauer nicht, sich nur die Vorteile und Bequemlichkeiten herauszupicken, die unser ungerechtes Weltwirtschaftssystem uns ermöglicht. Wir müssen uns auch um die Auswirkungen kümmern. Schon gar nicht wollen wir, dass zusätzlich zu den Ertrunkenen im Mittelmeer nun auch noch erfrorene, verhungerte und möglicherweise sogar erschossene Flüchtlinge vor den Toren der EU zur Normalität werden. Wir wissen, dass der Klimawandel dazu führt, Völkerwanderungen auszulösen, weil man in verschiedenen Teilen der Erden nicht mehr leben kann, wo das vor kurzem noch einigermaßen möglich war. Wir wissen, dass unsere Politik im Interesse der Wirtschaft Diktatoren stützt und gar mit ihnen zusammenarbeitet, die ihre Völker blutig unterdrücken und mit von unseren Ländern gelieferten Waffen Kriege anzetteln und dass all das Menschen zu Flüchtlingen macht, die einfach nur ihre nackte Existenz retten möchten.

Wie ist das in Friedberg?

In Friedberg gibt es momentan mehr Menschen, die sich engagieren wollen, als der Runde Tisch für Flüchtlinge z.B. als Paten*innen oder Sprachlehrer*innen einsetzen kann. Das wird sicher mit einer Erstaufnahmeeinrichtung in den Ray-Baracks für ca. 1000 Flüchtlinge und den Flüchtlingsunterkünften des Wetteraukreises und der Stadt Friedberg in der Kaserne anders werden. Es wird mehr Hilfe gebraucht und sie wird auf den unterschiedlichen Ebenen unterschiedlich aussehen müssen. Während es bei der Erstaufnahmeeinrichtung darum geht, die Wartezeit bis zur Weiterverteilung zu nutzen für Deutschunterricht, Kinderbetreuung und andere Angebote, die diese Wartezeit menschlicher und persönlicher gestalten, kommt es in der Stadt auf die konkrete Integrationsarbeit an. Stadt, Kreis und Land dürfen sich nicht nur jeweils um „Ihre“ Flüchtlinge kümmern und eine Koordination der Hilfe auf Behördenebene und unter den Behörden selbst muss stattfinden. Das ist heute noch weithin nicht der Fall.

Was ist mit den Werten des „christlichen Abendlandes“?

Die Pegida-Demonstranten berufen sich in ihren brutalen und menschenverachtenden Stellungnahmen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen auf das Wertesystem des „christlichen Abendlandes“. Dabei sind gerade sie dazu angetreten, dieses Wertesystem zu zerstören. Es geht ihnen nicht nur darum, Werte wie Mitmenschlichkeit und Solidarität in den Dreck zu treten. Sie wollen Angst und Schrecken verbreiten, um das braune Süppchen zu kochen, das ihre Nazi-Drahtzieher im Hintergrund aufgesetzt haben. Unsere Demokratie, unsere Presse- und Meinungsfreiheit sollen zugunsten einer aggressiven, autoritären und menschenverachtenden Politik beseitigt werden. Nationaler Egoismus, Fremdenfeindlichkeit und das Recht des Stärkeren sollen politische Leitlinie werden. Wozu das führt, haben die Völker Europas im 2. Weltkrieg erfahren müssen. Was wir bisher von dieser Bewegung erleben, sind Bedrohungen, (versuchter) Mord und Brandstiftung, kurz gesagt: Terror!

Was ist zu tun?

An vielen Orten Deutschlands wird bereits vorgemacht, wie es gehen kann: Die Menschen freundlich in Empfang nehmen, ihnen helfen, sich bei uns zurecht zu finden und am öffentlichen Leben teilzunehmen. Unsere Gesellschaft hat direkt nach dem Krieg und in den letzten Jahrzehnten viel Erfahrung mit solchen Herausforderungen gesammelt. Noch nie haben sich Bürger*innen unseres Landes so zahlreich der Aufgabe gestellt, zuwandernde Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren und noch nie sind Politik und Verwaltung so hinterhergehinkt wie heute.

Es ist absehbar, was zu tun ist, damit dieser Kraftakt gelingt:

- Wohnraum für menschenwürdige Notunterkünfte in Zusammenarbeit mit der Einwohnerschaft Behörden und Wirtschaft finden
- Die soziale Infrastruktur ausbauen. Kindergärten und Schulen sind als Sozialisationsinstanzen die wichtigsten Integrationsagenturen unserer Gesellschaft. Sie müssen soweit aufgestockt werden, dass die zusätzlichen Kinder, die unsere Gesellschaft dringend braucht, angemessen gebildet und ausgebildet werden können.
- Professionelle Sprachkurse sind auf allen Ebenen nötig. Seiteneinsteigerprogramme und Ausbildungsmöglichkeiten auch außerhalb der normalen Ausbildungsverordnungen für nicht mehr schulpflichtige junge Menschen schaffen
- Krankenhäuser aufstocken und mehr Ärzte und Pflegepersonal einstellen
- Anerkannte Flüchtlinge brauchen Wohnungen. Seit Jahren wurde der soziale Wohnungsbau in Deutschland vernachlässigt, so dass bereits für die jetzt vorhandenen Menschen zu wenig zur Verfügung steht. Ein Förderprogramm für sozialen Wohnungsbau muss sofort her, denn es umzusetzen dauert Jahre.
- Die Verwaltungen mit qualifizierten Mitarbeiter*innen aufstocken, damit die zusätzlichen Aufgaben bei Registrierung, Antragsbearbeitung, Verteilung und Betreuung bewältigt werden können. Schlechte Verwaltungsarbeit ist immer auch ein schlechtes Vorbild sowohl für die zugewanderten als auch die einheimischen Menschen und schürt Frust und Angst auf beiden Seiten. Die qualifizierten Personen wird man nicht auf der Straße finden. Hier muss Ausbildung in Angriff genommen werden. Das darf nicht daran scheitern, dass es aus reiner Sparpolitik heraus gar nicht erst versucht wird.

Investitionen in unsere Zukunft und die der Zuwanderer

So muss die Maxime lauten. Bundes-, Landes-, Kreis- und Stadtregierungen müssen alle auf ihrer Ebene und koordiniert an einem Strang ziehen. Niemand von ihnen darf sich dieser Aufgabe entziehen. Vereine und Verbände sind einzubeziehen. Aufgabe der Verwaltung ist es, ihre Bürger*innen bei der Integrationsarbeit zu unterstützen und die Koordination dafür zu übernehmen, statt sie zu ignorieren oder zu entmutigen, wie es heute noch an vielen Stellen geschieht. Daraus können ganz neue Demokratieerlebnisse entstehen, bei dem Bürger*innen direkt, praktisch und nicht nur bei Wahlen Verantwortung für ihr gesellschaftliches Umfeld übernehmen. So werden die meisten Geflüchteten sich angenommen fühlen und Interesse an Integration in eine solche offene Gesellschaft entwickeln.

Wenn Sie mithelfen wollen, bitte melden bei:

Anita Grupp: anita.grupp@gmx.net

Johannes Hartmann: izf@x3x.de

Weitere Infos bei: www.internationales-zentrum-friedberg.de